

Siegen im Juni 2012

*Erklärung der „Forschungsgruppe Pflegekinder“ der  
Universität Siegen zu den Antworten des Hamburger  
Senats auf den Tod des Pflegekindes Chantal*

Wir, die sich seit Jahren mit den Lebenserfahrungen von Pflegekindern wissenschaftlich beschäftigen und aus diesen Erfahrungen Anregungen und Vorschläge für eine Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe in Deutschland entwickeln, hatten – gemeinsam mit vielen anderen – nach Konsequenzen für die Pflegekinderhilfe insgesamt und insbesondere die Jugendhilfepolitik in Hamburg gefragt. Auf der Basis von differenzierten Informationen sollte eine Analyse des Fallverlaufes, an dessen Ende der Tod des Pflegekindes stand, erfolgen und Konsequenzen abgeleitet werden, die eine Wiederholung unwahrscheinlich machen.

Die inzwischen veröffentlichten Stellungnahmen der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) und des Senats lösen bei uns die Sorge aus, dass falsche Konsequenzen gezogen und die richtigen unterlassen werden.

Die Senat plant demnach unter anderem:

1. Die Zuständigkeit für das Pflegekinderwesen weitgehend auf die Bezirke zu übertragen und Freie Träger nicht mehr mit den Kernaufgaben zu betrauen (Rekommunalisierung der Pflegekinderdienste)
2. Einen umfangreichen Katalog an Ausschlusskriterien für Pflegeelternbewerber festzulegen.

Uns erscheinen folgende Feststellungen notwendig:

1. Differenzierte Informationen zu Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen in der Fallgeschichte von Chantal werden nicht transparent gemacht. Auch die Ergebnisse einer Analyse der Akten anderer Pflegekinder, die in der Behörde erfolgt ist, werden nicht veröffentlicht. Nur auf der Basis der anonymisierten Daten wäre aber eine öffentliche Fachdiskussion über die Konsequenzen, die aus den Fehlern zu ziehen sind, möglich. Eine solche Diskussion halten wir für unverzichtbar.  
Die Bremische Bürgerschaft hat mit dem Untersuchungsausschuss zum Tod von Kevin ein Referenzmodell für die zwar schmerzhaft, aber auch Lernprozesse ermöglichende Auseinandersetzung des demokratischen Staates mit Fehlentwicklungen geschaffen. Auch in Bremen hatte der Senat zunächst eine schnelle interne Analyse bevorzugt, bevor die Bürgerschaft mutig den Untersuchungsausschuss eingerichtet hat. Wir fragen die Hamburger Bürgerschaft, ob sie bereit ist, partei- und regierungsübergreifend die Fehler herauszuarbeiten und auf dieser Basis Konsequenzen zu ziehen, die eine gute Entwicklung von Pflegekindern in Hamburg absichern.

2. Die Pläne zur Rekommunalisierung werfen gravierende Fragen auf. Hamburg hat seit sehr vielen Jahren erhebliche Schwierigkeiten, einen leistungsfähigen ASD zu entwickeln und zu etablieren. Indikatoren für diese Schwierigkeiten sind unter anderem schwerwiegende Fehler, die bei mehreren Todesfällen öffentlich sichtbar geworden sind, misslungene Steuerungsprozesse z.B. der ambulanten Hilfen zur Erziehung und anhaltende Probleme, Stellen im ASD qualifiziert und langfristig zu besetzen. Auch wenn immer wieder sinnvolle Projekte gestartet wurden, diese prekäre Situation der bezirklichen ASD-Arbeit zu verbessern, bleibt doch weiterhin ein erheblicher Entwicklungsbedarf. Sich in einer solchen Lage den Aufbau eines völlig neuen Pflegekinderdienstes in kommunaler Trägerschaft vorzunehmen, erscheint unrealistisch. Es ist zu befürchten, dass die Beseitigung der Strukturängel im ASD und der gleichzeitige Aufbau des neuen Dienstes zu einer nachhaltigen Überforderung führen wird.
3. Die Zahl geeigneter Pflegefamilien wird durch die Pflegeelternzufriedenheit bestimmt, die wiederum durch eine kompetente und kontinuierliche Begleitung der Familien stark beeinflusst wird. Da der plötzliche Wechsel und der schnelle Aufbau eines Pflegekinderdienstes unter den Hamburger Bedingungen zu einem Absinken der Pflegeelternzufriedenheit führen wird, ist innerhalb weniger Jahre eine deutliche Reduzierung der Zahl der Pflegefamilien zu erwarten. Eine solche Entwicklung ist extrem kostenrelevant und bei der Suche nach der besten Betreuung für jedes einzelne Kind schädlich.
4. Eine sorgfältige Analyse der Fehler, die in der Betreuung von Chantal gemacht wurden und die durch eine Aktenanalyse auch weiterer Fälle dokumentiert sind, kann eine Korrektur der Kooperation mit einzelnen Trägern notwendig machen. Dies kann dann differenziert begründet werden. Pauschal allen freien Trägern die Aufgabe zu entziehen, erscheint hingegen abwegig. Gerade der Träger PFIFF e.V. als Teil des Kompetenzzentrums Pflegekinder genießt bundesweit hohe Anerkennung und gilt als Avantgarde der Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe in Deutschland. Wenn es um eine leistungsfähige Pflegekinderhilfe in Hamburg geht, stellt er eine Referenz dar.
5. Grundsätzlich kritisch ist außerdem eine hoch arbeitsteilige Organisation zu bewerten, in der einzelne Aufgaben (Werbung, Vorbereitung, Begleitung, Fortbildung usw.) auf jeweils andere Organisationseinheiten übertragen werden. Vertrauensvolle Beziehungen, die die Voraussetzung für wirkungsvolle Hilfe, differenzierte Entscheidungen und produktive Kontrolle sind, entwickeln sich so kaum, Informationsverluste und ein zusätzlicher Aufwand, um sie zu begrenzen, treten regelmäßig auf.
6. Das Eckpunktepapier schätzt völlig falsch ein, welche Methoden geeignet sind, um eine gute Entwicklung der Pflegekinder, zu der auch Sicherheit und Stabilität für die Kinder gehört, zu ermöglichen. Die Eignungsprüfung von Pflegeelternbewerbern ist selbstverständlich notwendig und dafür bedarf es auch Ausschlusskriterien. Aber auf Dauer ist ein dichter, vertrauensvoller Kontakt der Fachkraft zum einzelnen Pflegekind sehr viel wichtiger. Hier können die Fragen und Notsignale des Kindes

aufgenommen und richtig beantwortet werden. Für die Pflegeeltern ist eine kontinuierliche Begleitung durch eine Fachkraft, die Teil eines leistungsfähigen Dienstes ist, bedeutsam. Dann können die Pflegeeltern auch kritische Themen ansprechen und Unterstützungsdienstleistungen in Anspruch nehmen. Interventionen sind dann einzelfalladäquat möglich.

7. Ein generelles Misstrauen den Pflegeeltern gegenüber und eine Fokussierung der Interaktion auf Kontrolle würde die Sicherheit eher reduzieren, weil Familiensysteme Probleme sehr weitgehend abschirmen können. Die Sicherheit der Pflegekinder gelingt in der Regel in Koproduktion mit den Pflegeeltern und nicht in einer prinzipiell misstrauischen Haltung ihnen gegenüber. Der regelmäßige Kontakt einer kompetenten Fachkraft zum Pflegekind, ein System, das Notsignale der Kinder aufnimmt und adäquat beantwortet, und die Teilhabe der Kinder an den für sie existenziellen Entscheidungen sind für die Sicherheit der Kinder entscheidend.
8. Isolierte Einzelmaßnahmen, die aus Extremfällen generelle Handlungsorientierungen entwickeln, können erhebliche negative Nebenwirkungen produzieren. Notwendig wäre hingegen die Entwicklung von komplexen fachlichen Standards der Pflegekinderhilfe ([www.uni-siegen.de/pflegekinder-forschung](http://www.uni-siegen.de/pflegekinder-forschung)). Das Eckpunktepapier enthält nicht einmal einen Hinweis auf die Notwendigkeit der Einbettung von Einzelregelungen in ein stimmiges Konzept der Pflegekinderhilfe, das die zentralen fachlichen Standards beschreibt und festlegt.

In der Hoffnung, dass die Zivilgesellschaft, aber auch Politik und Verwaltung ein ernsthaftes Interesse daran haben, Pflegekindern eine gute Entwicklung zu ermöglichen und Risiken zu reduzieren, haben wir unsere Stellungnahme verfasst.

*Die Mitglieder der Forschungsgruppe Pflegekinder der Universität Siegen*

*Klaus Wolf, Andrea Dittmann, Kirstin Gottwald, Andy Jespersen, Corinna Petri, Judith Pierlings, Daniela Reimer, Dirk Schäfer, Sabine Wehn, Christina Wilde*

*Kontakt: [klaus.wolf@uni-siegen.de](mailto:klaus.wolf@uni-siegen.de)*